

Stand: 14.04.2026 10:15:02

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/16

"Flutpolder: Die Menschen in Niederbayern brauchen verlässlichen Hochwasserschutz"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/16 vom 30.11.2018
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/194 des UV vom 22.01.2019
3. Beschluss des Plenums 18/267 vom 05.02.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 05.02.2019



Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Christian Flisek SPD**

Flutpolder: Die Menschen in Niederbayern brauchen verlässlichen Hochwasserschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend darzulegen,

- mit welcher fachlichen Begründung die drei Flutpolder Bertoldsheim (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen) sowie Eitheim und Wörthhof (Landkreis Regensburg) fallen gelassen werden,
- bis wann diese Flutpolder voraussichtlich fertiggestellt worden wären,
- welches genaue Rückhaltevolumen sie gehabt hätten,
- mit welchen konkreten Maßnahmen jetzt die gleiche Schutzwirkung erreicht werden soll,
- bis wann diese neuen Maßnahmen umgesetzt werden und
- welche wissenschaftlich-fachliche Bewertung Grundlage für die Annahme ist, dass etwaige alternative Maßnahmen die gleiche Schutzwirkung erzielen.

Begründung:

Die letzten großen Hochwasser in Bayern wie das katastrophale Junihochwasser 2013 haben deutlich gezeigt, mit welchen enormen Gefahren insbesondere im Donauraum, vor allem in Niederbayern, gerechnet werden muss. Allein das Pfingsthochwasser 2013 verursachte nach Angaben des Landesamts für Umwelt in Bayern Schäden von mehr als 1,3 Mrd. Euro. Der Schutz von Menschenleben und Eigentum durch effektive Hochwasserschutzprogramme ist deshalb eine besonders wichtige staatliche Aufgabe, die von der Politik nach objektiven Kriterien entschieden sowie effektiv verfolgt und durchgesetzt werden muss. Angesichts der enormen Gefahren für Menschen und Sachwerte darf es hier keinerlei Spielraum für faule Kompromisse, Mausecheln und billigen Populismus geben.

Die Staatsregierung hat aus diesem Grund das Hochwasserschutzprogramm 2020 bzw. 2020plus aufgelegt, mit dem Bayern nach den Worten des ehemaligen Staatsministers für Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Marcel Huber „hochwasserfest“ gemacht werden sollte. Eines seiner bisher für unverzichtbar gehaltenen Elemente waren dabei gesteuerte Flutpolder. Sie sollten, so die frühere zuständige Staatsministerin Ulrike Scharf, Bayerns „Festungen“ gegen Hochwasser bilden. Die Staatsregierung folgte dabei einem wissenschaftlich fundierten Konzept, das am Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft der Technischen Universität (TU) München von 2009 bis 2012 erarbeitet wurde. Das Konzept wurde in detaillierten Modellrechnungen so genau wie möglich validiert. Die geplanten Flutpolder wurden dabei von den Experten als alternativlose Maßnahme zum Schutz von Leben und Eigentum der betroffenen Menschen angesehen. Diese Auffassung wurde bis vor kurzem auch noch von der

Staatsregierung vertreten. Die damit betrauten Wissenschaftler kamen sogar zu dem Schluss, dass Polder wahrscheinlich eine Katastrophe wie in Fischerdorf hätten verhindern können, wenn sie 2013 bereits existiert hätten.

In den Koalitionsverhandlungen nach der Landtagswahl 2018 einigten sich die neuen Koalitionspartner CSU und FREIE WÄHLER allerdings schnell darauf, die drei Flutpolder Bertoldsheim (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen) sowie Eltheim und Wörthhof (Landkreis Regensburg) komplett zu streichen. Die Landräte in diesen Kreisen gehören den FREIEN WÄHLERN an. Dies führte in der Öffentlichkeit zu der Kritik, dass für diese Entscheidung nicht Sachargumente, sondern andere Gründe eine Rolle gespielt haben könnten. Der neue Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger von den FREIEN WÄHLERN begründete den Verzicht gegenüber der Öffentlichkeit allerdings damit, dass man die Flutpolder einfach durch ein verbessertes Staustufenmanagement und mehr Regenrückhalt ersetzen wolle.

Zwischen Regensburg und Straubing würden nach Meinung von Experten mit dem Verzicht auf die Polder rund drei Viertel des geplanten Rückhaltevolumens entfallen. Die Wirkung insbesondere des größten der drei Flutpolder hätte noch in bis zu 100 km Entfernung messbare Schutzeffekte. Prof. Dr. Peter Rutschmann vom o. g. Lehrstuhl der TU München problematisierte die Annahme, man könne große Hochwasser relativ einfach mit Staustufenmanagement kontrollieren. Diese erfordere besonders komplexe Berechnungen und ein sehr schwieriges Management. In der Passauer Neuen Presse vom 26.11.2018 sagte Prof. Dr. Peter Rutschmann wörtlich: „Weltweit sind die meisten Dammbüche durch Fehloperationen von Wehren ausgelöst worden“.

Angesichts der extremen Gefahren durch Hochwasser wie im Jahr 2013 ist es unverzichtbar, dass die Staatsregierung jetzt klar darlegt, mit welcher fachlichen Begründung auf die genannten Flutpolder verzichtet werden soll, und welche wissenschaftlich begründeten alternativen Maßnahmen mit mindestens der gleichen Schutzwirkung und im gleichen Zeitraum verwirklicht werden sollen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Christian Flisek SPD
Drs. 18/16

**Flutpolder: Die Menschen in Niederbayern brauchen verlässlichen Hochwasser-
schutz**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Florian von Brunn**
Mitberichterstatter: **Dr. Martin Huber**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 3. Sitzung am 13. Dezember 2018 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat den Antrag in seiner 2. Sitzung am 22. Januar 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: ZustimmungZustimmung empfohlen.

Rosi Steinberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Christian Flisek SPD

Drs. 18/16, 18/194

Flutpolder: Die Menschen in Niederbayern brauchen verlässlichen Hochwasserschutz

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend darzulegen,

- mit welcher fachlichen Begründung die drei Flutpolder Bertoldsheim (Landkreis Neuburg-Schrobenhausen) sowie Eltheim und Wörthhof (Landkreis Regensburg) fallen gelassen werden,
- bis wann diese Flutpolder voraussichtlich fertiggestellt worden wären,
- welches genaue Rückhaltevolumen sie gehabt hätten,
- mit welchen konkreten Maßnahmen jetzt die gleiche Schutzwirkung erreicht werden soll,
- bis wann diese neuen Maßnahmen umgesetzt werden und
- welche wissenschaftlich-fachliche Bewertung Grundlage für die Annahme ist, dass etwaige alternative Maßnahmen die gleiche Schutzwirkung erzielen.

Die Präsidentin

I.V.

Thomas Gehring

II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Christian Flisek

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Christian Hierneis

Abg. Dr. Petra Loibl

Abg. Benno Zierer

Abg. Gerd Mannes

Abg. Ralf Stadler

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Thorsten Glauber

Abg. Georg Winter

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ebenfalls zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 3 und 4** auf:

Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Müller, Christian Flisek (SPD)

Flutpolder: Die Menschen in Niederbayern brauchen verlässlichen

Hochwasserschutz (Drs. 18/16)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi

Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht zu Maßnahmen und Planungen zum Hochwasserrückhalt an der Donau

(Drs. 18/21)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Christian Flisek das Wort.

Christian Flisek (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Man hat manchmal den Eindruck, die Bilder der Flutkatastrophe von 2013 verblassen allmählich im Bewusstsein der Bevölkerung. Ich kann Ihnen als Passauer Abgeordneter sagen: In den Köpfen der betroffenen Menschen vor Ort sind diese Bilder jedes Mal sehr, sehr präsent, wenn der Regen länger andauert, wenn die Pegel wieder steigen.

2013 – das waren furchtbare Bilder im Landkreis Deggendorf, im Landkreis Passau und in meiner Heimatstadt Passau. Nur durch einen gesellschaftlichen Kraftakt ist es damals gelungen, dass wir überhaupt einen so guten Wiederaufbau hinbekommen haben und dass er so schnell gelingen konnte. Und damals war auch klar: Jetzt ist die Politik in der Pflicht. Es war nur folgerichtig, dass die damalige Bayerische Staatsregierung gehandelt hat und mit einem Hochwasserschutz-Aktionsprogramm versprochen hat – damals war Marcel Huber der zuständige Staatsminister –, den Freistaat Bayern hochwasserfest zu machen. Flutpolder spielten damals in dieser Strategie eine ganz herausragende Rolle.

Ich zitiere Staatsminister a. D. Huber aus dieser Zeit:

Gerade in Zeiten des Klimawandels, in denen große Hochwasserereignisse vermehrt auftreten, werden wir intensive Restrisikobetrachtungen anstellen und unser Rückhaltekonzept überarbeiten. Ein bayernweites System gesteuerter Flutpolder soll dabei das Rückgrat bilden und beschleunigt umgesetzt werden.

Und jetzt wundern wir uns, jetzt wundern vor allem Sie sich in der Koalition, dass Ihnen aufgrund der Formulierung in Ihrem Koalitionsvertrag der Wind entgegenbläst? – Meine Damen und Herren insbesondere von den FREIEN WÄHLERN, mit der Formulierung im Koalitionsvertrag haben Sie vor allen Dingen eines hinbekommen: Sie haben die Bürgerinnen und Bürger insbesondere in den betroffenen Regionen zutiefst verunsichert. Und Sie haben für ein hohes Maß an Planungsunsicherheit bei den zuständigen Kommunalpolitikern gesorgt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, viele Fragen aus unserem Antrag sind mittlerweile auch durch die Gutachten geklärt, die Gott sei Dank inzwischen veröffentlicht worden sind. Die Bedarfsanalyse des Landesamtes für Umwelt zeigt deutlich, dass die drei vermeintlich zu streichenden Flutpolder dringend gebraucht werden. Die Scheitel einer Flutwelle können mit Flutpoldern um bis zu 10 % gekappt werden. Und die Gutachten kommen auch zu dem Ergebnis: Dezentraler Hochwasserschutz und intelligentes Staustufenmanagement werden es alleine nicht richten.

Jetzt kommen wir zur politischen Dimension unserer Auseinandersetzung. Bis zur Landtagswahl war dies auch völlig unstrittig. Niemand hat das in Frage gestellt. Es stand immer fest, dass Hochwasserschutz ein Gesamtkonzept, insbesondere ein solidarisches Gesamtkonzept sein muss, und dass hier die Solidarität von Ober- und Unterliegern gefragt ist.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben Sie, in dieser Form, in der Sie es getan haben, im Hinterzimmer, mal eben drei dieser Polder, drei zentrale Säulen, herausgestrichen. Ich sage Ihnen eins: Das ist ein Konjunkturprogramm für Politikverdrossenheit in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Der Herr Staatsminister Aiwanger ist gerade nicht da. Aber sein Verhalten als Vizeministerpräsident des Freistaats Bayern ist hier besonders hervorzuheben, allein die Wortwahl gegenüber führenden Kommunalpolitikern, seien es der Präsident des Landkreistages, Bernreiter, oder unser Oberbürgermeister Dupper: Er spricht von Fake News. Wenn er sich – das können Sie dem Kollegen gerne ausrichten – bei seiner Wortwahl am US-Präsidenten Trump ein Vorbild nehmen will, dann, glaube ich, ist er in seiner neuen Rolle noch nicht angekommen. Seine Aufgabe ist es, dieses Land in diesen Fragen zu einen und nicht zu spalten.

(Beifall bei der SPD)

Dass es anders geht, zeigt im Übrigen auch die Herangehensweise des neuen Umweltministers.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Christian Flisek (SPD): Herr Staatsminister Glauber, Sie haben sehr schnell besonnen reagiert, Sie haben eine ingenieurmäßige Lösung versprochen. Und wir trauen diesen Worten sehr. Wir hoffen, dass Sie die Region auch bald besuchen werden, dass Sie vor Ort vorstellig werden. Sie haben viele Einladungen zu dieser Frage erhalten. Wir hoffen, dass wir hier wieder eine Versachlichung der Arbeit hinbekommen. Denn so, wie es nach den – –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich möchte Sie bitten, jetzt zum Ende zu kommen.

Christian Flisek (SPD): So, wie es nach den Koalitionsvertragsauseinandersetzungen ging, kann es nicht weitergehen. Ich hoffe sehr, dass wir die Einigkeit der Kommunalpolitiker – ich komme zum Schluss – auch hier in diesem Hohen Haus herstellen, damit wir den betroffenen Menschen vor Ort helfen und ihnen Sicherheit mit an die Hand geben.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Flisek. – Als Nächstem erteile ich das Wort dem Abgeordneten Christian Hierneis, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN.

Christian Hierneis (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir müssten heute nicht mehr über Polder sprechen, wir hätten nicht mehr das Hin und Her, Polder ja, Polder nein, wir hätten nicht mehr die Spaltung von Gemeinden in Zustimmung oder Ablehnung, je nach Betroffenheitsgrad durch Polder oder drohende Überflutung, wenn, ja wenn, Sie schon früher auf uns gehört hätten.

Wir haben ziemlich genau vor sechs Jahren, im Februar 2013, beantragt, dass vorhandene Retentionsräume gesichert und verloren gegangene Retentionsräume, dort, wo es möglich ist, zurückgewonnen werden sollten, um erfolgreichen Hochwasserschutz erreichen zu können. Dieser Antrag wurde damals natürlich mit den Stimmen der CSU und der FDP abgelehnt. Die FREIEN WÄHLER waren dafür und haben auch selbst einige Anträge zum dezentralen Hochwasserschutz gestellt. Sie sehen also wie wir Alternativen zu Flutpoldern. Aber wo sind die denn? – Zu den drei gestrichenen Flutpoldern sehen wir bisher keine.

Die Staatsregierung ist nämlich der Ansicht, dass es zu gesteuerten Flutpoldern gar keine Alternativen gibt. Schon in ihrem Bericht vom 15.07.2015 bezeichnet sie Alternativen zu gesteuerten Flutpoldern als lediglich vermeintliche Alternativen. Und in ihrem nun vorgelegten Bayerischen Flutpolderprogramm, Untertitel "Flutpolder an der

Donau", stellt sie gleich zu Beginn des Kapitels "Alternativenprüfung" im Wortlaut Folgendes dar:

Die vorgebrachten Alternativen können Flutpolder sinnvoll ergänzen, aber nicht ersetzen, sind also keine Alternativen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, da liegt der Denkfehler. Es ist nämlich genau umgekehrt: Flutpolder sind die Alternativen und zwar dort, wo ein natürlicher Hochwasserschutz nicht möglich ist oder nicht ausreicht. Also zuerst natürlicher, dezentraler Hochwasserschutz und dann die Polder.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich darf kurz darstellen, was aus unserer Sicht nicht die Alternativen zum Hochwasserschutz sein dürfen, sondern was die grundlegenden Maßnahmen sein müssen. Beispielsweise wäre das: Sicherung von dauerhaftem Bewuchs, also Untersaat und Wiesen, Schaffung von landschaftlichen Strukturen, Renaturierung von Mooren, Renaturierung der Zuflüsse, Wiederherstellung ehemaliger Flussschleifen, Renaturierung von Auen und Wiederanbindung der Auen an den Fluss, Deichrückverlegungen, wo es möglich ist, und natürlich eine deutliche Reduzierung der Versiegelung usw., usw.

Sie werden seitens der CSU und der Staatsregierung nun einwenden, dass keine dieser Maßnahmen allein einen umfassenden Hochwasserschutz gewährleisten kann. Das ist vollkommen richtig. Das ist aber die falsche Betrachtungsweise. In Ihren Papieren wurde nirgendwo die Summationswirkung dieser und weiterer Maßnahmen dargestellt. Wir sagen, viele dieser Maßnahmen über das ganze Land verteilt können zusammen dafür sorgen, dass manche Hochwässer erst gar nicht entstehen und Extremhochwässer abgemildert werden. Je mehr ökologischer Hochwasserschutz in der Fläche betrieben wird, desto weniger Polder sind nötig und desto weniger Ärger gibt es auch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz Flutpolderprogramm streichen Sie nun drei Polder, wollen also das angeblich alternativlos Notwendige alternativlos streichen. Aber weder Polder noch dezentraler Hochwasserschutz, das funktioniert nicht. Deshalb, verehrte Damen und Herren der Staatsregierung, fragen wir in unserem Antrag konkret nach Maßnahmen und Planungen zum Hochwasserschutz an der Donau, zum Schutz der Gemeinden vor dem nächsten Hochwasser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Hierneis. – Als Nächste hat die Abgeordnete Dr. Petra Loibl von der CSU-Fraktion das Wort.

Dr. Petra Loibl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg: Beide Anträge wurden sowohl im federführenden Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als auch im mitberatenden Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr beraten, und es wurde Zustimmung empfohlen. Warum? – Das dürfte uns allen bewusst sein. Experten prognostizieren, dass infolge des Klimawandels extreme Hochwasserereignisse künftig noch häufiger auftreten werden. Der nachhaltige Schutz vor Hochwasser wird damit zu einem immer bedeutenderen Standortfaktor in Bayern, denn Hochwasserschutz ist Daseinsvorsorge; er schützt Menschenleben und Sachwerte und gehört zu den elementaren Aufgaben des Staates.

(Beifall bei der CSU)

Bayern verfolgt seit Jahrzehnten eine ganzheitliche Strategie gegen Hochwasser. Der Freistaat Bayern hat 2013 das ohnehin schon umfangreiche Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 zum Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus erweitert. Insgesamt investiert der Freistaat von 2001 bis 2020 im Rahmen dieses Aktionsprogramms 2020plus und im Zuge der Hochwasserschutzmaßnahmen des Donauausbaus zwischen Straubing und Vilshofen 3,4 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU)

Allein für das Aktionsprogramm wurden seit 2001 2,2 Milliarden Euro ausgegeben und mehr als 500.000 Anwohner vor Hochwassergefahren geschützt. Mit dem Aktionsprogramm 2020plus setzt Bayern auf natürlichen Hochwasserrückhalt und technischen Hochwasserschutz. Gesteuerte Flutpolder an der Donau haben dabei eine besondere Bedeutung. Die Widerstandsfähigkeit von Hochwasserschutzsystemen soll erhöht werden. Insbesondere soll ein plötzliches Versagen von Bauwerken vermieden werden.

Ergänzend zu dem HQ100-Grundsatz sowie den dezentralen Hochwasserschutzmaßnahmen ist das bayerische Flutpolderprogramm ein Garant für die Sicherheit der Bürger und der im Donautal angesiedelten Betriebe. Im Koalitionsvertrag bekennen wir uns klar zum Hochwasserschutz und zum Flutpolderkonzept für Bayern. Der Grundsatz vor einem hundertjährigen Hochwasser wird weiter kraftvoll ausgebaut. Das gilt vor allem auch für Niederbayern. Mit mehreren hundert Millionen Euro an Investitionen ist und bleibt Niederbayern ein Schwerpunkt des Hochwasserschutzes in Bayern. Das ist auch gut so, meine Damen und Herren.

Im Januar 2019 hat der Ministerrat beschlossen, den laufenden Ausbau des Hochwasserschutzes für die bayerische Bevölkerung weiter zu intensivieren und zu beschleunigen. Dezentrale Rückhaltmaßnahmen werden ausgebaut, Gewässer renaturiert, und das Flutpolderprogramm wird weiterentwickelt. Jedoch kann das alles nur gelingen, wenn die Bürgerinnen und Bürger aktiv in alle Planungsschritte einbezogen und ihre Ängste und Sorgen ernst genommen werden.

(Beifall bei der CSU)

Somit ist es durchaus legitim und nachvollziehbar, vorhandene Konzepte auf den Prüfstand zu stellen und möglicherweise neu zu bewerten. Es wird genau geprüft, wie der Hochwasserschutz durch ein optimiertes Staustufenmanagement und mehr Rückhaltvolumen verbessert werden kann. Auch das Flutpolderprogramm wird weiterentwi-

ckelt. Hierfür wurde ein unabhängiges Gutachten in Auftrag gegeben, das zum Ziel hat, das Polderprogramm und den Hochwasserschutz insgesamt im Dialog mit den Betroffenen weiterzuentwickeln. Daher wird die Staatsregierung erst nach Vorliegen der Ergebnisse der Bedarfsermittlung und der Grundwasseruntersuchung über die genaue Ausgestaltung des Flutpolderprogramms an den drei zur Diskussion stehenden Standorten Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof entscheiden. Zugleich wird bis zur Entscheidung ein intensiver Dialog mit den Betroffenen geführt. Auch die vorläufige Sicherung von Standorten bleibt bis dahin bestehen. Es ist absolut essenziell, alle Aspekte eines umfassenden Hochwasserschutzes zu durchleuchten. Anschließend soll die Staatsregierung dem Landtag gerne im Sinne der Anträge berichten. Nur darum geht es heute bei dieser Debatte. Beiden Anträgen wird zugestimmt.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Abgeordnete Dr. Loibl. – Der nächste Redner ist der Abgeordnete Benno Zierer für die FREIEN WÄHLER.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Zu beiden Berichtsanträgen ist eigentlich nicht mehr viel zu sagen. Wir haben am 13. Dezember im Umweltausschuss den Anträgen zugestimmt. Am 14. Januar hat der Ministerrat den Fahrplan für einen beschleunigten Hochwasserschutz beschlossen. Ein besonders wichtiger Punkt dabei ist, dass ein größerer Fokus auf dezentrale Rückhaltemaßnahmen gerichtet wird, so zum Beispiel auf Uferrenaturierungen und viele andere Maßnahmen. Damit können wir wesentlich schneller vorankommen. Uns geht es in erster Linie darum, möglichst schnell etwas für den Schutz der Leute zu bauen. Der klassische Schutz gegen ein hundertjähriges Hochwasser muss ausgebaut werden. Diese Hochwasserereignisse werden wir in Zukunft leider öfter haben, als es statistisch alle 100 Jahre vorkommt.

Auch bei den Flutpoldern ist der Fahrplan klar. Dazu wird es vertiefte Untersuchungen und einen intensiven Dialog mit den Betroffenen an den geplanten Polderstandorten geben. Nur damit werden wir die nötige Akzeptanz erfahren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der CSU)

Wenn das Flutpolderprogramm ohne die drei Polder an der Donau in Bertoldsheim, Eltheim und Wörthhof weiter verfolgt wird, muss es fachlich begründete Alternativen geben – das ist völlig klar –, die genauso wirksam oder noch wirksamer sind und vielleicht wesentlich schneller verwirklicht werden können. Möglicherweise sind diese Alternativen auch billiger. Erst wenn alle nötigen Erkenntnisse vorliegen, soll entschieden werden. Das hat der Minister klar kommuniziert, und das gilt. Dieses Vorgehen ist absolut richtig. Wir brauchen Entscheidungen, die schnell umgesetzt werden können, die schnell einen Schutz bringen, und da können die Anlagen, die bisher bestehen und nur vor einem dreißigjährigen Hochwasser schützen, überhaupt nicht greifen. Das ist uns völlig klar. Darum müssen wir möglichst schnell zum Ziel kommen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter Zierer, bleiben Sie bitte am Pult. Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung?

Gerd Mannes (AfD): Hört man mich? – Ich habe eine Frage, weil Sie von den FREIEN WÄHLERN sind. Wir haben in Schwaben drei gesteuerte und vier ungesteuerte Flutpolder, das sind also insgesamt sieben Flutpolder – im Koalitionsvertrag wurde über dezentralen Hochwasserschutz gesprochen –; in der Oberpfalz und in Oberbayern sind diese weggefallen. Können Sie für uns noch einmal erläutern, warum diese Entscheidung so gefallen ist? Gibt es dafür irgendwelche Hintergründe technischer Art bzw. was genau war der Hintergrund, dass in Schwaben sieben Flutpolder weitergeführt wurden, aber nicht in Oberbayern und in der Oberpfalz?

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Die Dimensionen der Flutpolder in Schwaben sind ganz andere als in Niederbayern. Auch ist die Betroffenheit eine ganz andere. Fahren

Sie dort hinunter und sehen Sie sich den Flutpolder bei Regensburg an. Sprechen Sie mit den Menschen darüber, welche Ängste bei den Trinkwasserbrunnen

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

und bei vielen anderen Dingen hier vorhanden sind. Das ist in Schwaben – –

Gott sei Dank zieht Bayern an einem Strang. Wir müssen mit dem dezentralen Hochwasserschutz überall dort anfangen, wo das Wasser schon hinkommt. Ob die Flutpolder nötig sein werden, wird die Untersuchung zeigen und dementsprechend wird dann gehandelt werden. – Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Zierer. – Als Nächster hat der Abgeordnete Ralf Stadler für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, Servus, Kolleginnen und Kollegen! Über Passau ist nicht nur die Asylflut mit aller Macht hereingebrochen, sondern auch das Jahrhunderthochwasser 2013, welches zu immensen Schäden geführt hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Die Grenzflutung hätten wir verhindern können, das Hochwasser nicht.

Auch die Starkregenereignisse in Simbach am Inn 2016, bei denen es Todesfälle zu beklagen gab, sind uns noch in schmerzhafter Erinnerung. Die Schäden an privaten und an öffentlichen Einrichtungen beliefen sich auf mehrere Milliarden Euro. Das sollten wir auch in den Zeiten des Niedrigwassers nicht vergessen.

Leider können wir Hochwasser nicht verbieten, sondern müssen es akzeptieren. Als Abgeordneter der zweitstärksten politischen Kraft in Passau kann ich aber nicht ak-

zeptieren, dass in Passau die Bürger absaufen, nur weil die FREIEN WÄHLER Spezi-
wirtschaft und Parteipolitik betreiben wollen.

(Beifall bei der AfD)

Mir ist klar, dass die CSU das rote Rathaus lieber fluten will, als der Stadt irgendeinen
Vorteil zukommen zu lassen, aber der SPD steht auch so schon das Wasser bis zum
Hals.

(Zuruf)

Passau aus politischen Gründen keine medizinische Fakultät zugestehen zu wollen,
ist das eine. Das andere ist, dass man die Gefährdung der Passauer bewusst in Kauf
nimmt, und das kann ich nicht tolerieren. Mir geht es in erster Linie um den Schutz der
Bürger, und zwar ideologiefrei und ohne parteipolitische Brille.

(Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und Zurufe von der CSU)

Wir müssen uns vor diesen extremen Hochwasserereignissen schützen und alle tech-
nischen Möglichkeiten ausschöpfen. Wir brauchen für den Donaoraum das beste Kon-
zept. Für Passau und die weiteren Orte an der niederbayerischen Donau reichen loka-
le Hochwasserschutzmaßnahmen wie die umstrittenen Spundwände leider nicht aus.

Das Gutachten, das das Umweltministerium bereits vor Längerem in Auftrag gegeben
hat, ist uns bekannt, und es kommt zu dem eindeutigen Ergebnis, dass die Flutpolder
nicht durch Maßnahmen wie Staustufenmanagement und Regenrückhaltung, wie von
CSU und FREIEN WÄHLERN angestrebt, zu ersetzen sind. In dem Gutachten heißt
es wörtlich: "Einige der betrachteten Alternativen können die Wirkung der Flutpolder
an der Donau unterstützen bzw. ergänzen, sie aber nicht ersetzen." Das Gutachten rät
ausdrücklich, jetzt schnell zu handeln und die Donaupolder rasch zu bauen. Ich
halte daher an einem kombinierten Hochwasserschutz für die Niederbayern im Donau-
raum fest.

Die AfD will aber keine Bauverbote oder Enteignungen, wie sie die GRÜNEN wollen. Eine Verknappung der Bauflächen und der landwirtschaftlichen Flächen können wir unseren Kommunen und Landwirten nicht zumuten; sie müssen die Chance auf Entwicklung behalten. Dennoch sollten wir den Gemeinden mehr Möglichkeiten geben, Rückhalte- und Versickerungsflächen auszuweisen und Anforderungen an das hochwasserangepasste Bauen zu stellen.

Langfristig könnte auch eine umfassende Renaturierung gestartet werden, und es könnten damit Synergien in den Bereichen Gewässer, Hochwasservorsorge, Freizeit, Erholung und regionale Entwicklung ermöglicht werden. Die Renaturierung der Bundeswasserstraßen ist aber eine Generationenaufgabe; was über viele Jahrzehnte ausgebaut wurde, kann nicht in wenigen Jahren zurückgebaut werden.

Wir sind es den Menschen vor Ort schuldig, so schnell wie möglich mit der Umsetzung der Hochwasserschutzkomponente zu beginnen, bevor die Passauer Schwimmhäute oder Schuppen bekommen. – Vergelt's Gott!

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter Stadler. – Als Nächster hat der Abgeordnete Alexander Muthmann für die FDP-Fraktion das Wort.

Alexander Muthmann (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Flisek hat vorhin die Passauer bzw. die niederbayerischen Erfahrungen anlässlich der letzten Hochwässer geschildert, die furchtbar genug waren. Ich denke, dass alle hier im Raum diese Bilder noch vor Augen haben, weswegen wir und insbesondere auch die Staatsregierung erklärt haben, jetzt alle Anstrengungen zu unternehmen, um solche Bilder nach Möglichkeit zu vermeiden.

Das Bayerische Flutpolderprogramm hat dazu eine Bewertung abgegeben, und meine Vorredner haben daraus zum Teil zitiert.

Die Projektziele

– die alle gegeben waren –

([...] Reduktion der Hochwasserrisiken, [...])

Rückgewinnung/Wiederherstellung von Hochwasserrückhalteflächen [...] können nur mit gesteuerten Flutpoldern erreicht werden. Einige der betrachteten Alternativen

– so geht es weiter, und das sind jetzt die fachlichen Bewertungen –

können die Wirkung der Flutpolder [...] unterstützen bzw. ergänzen, sie aber nicht ersetzen.

Dann kam der Koalitionsvertrag, der diese Fragen aufgeworfen hat. Ich habe auch eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt, und die Fraktionen von SPD und den GRÜNEN haben diese Fragen jetzt in gleicher Weise aufgeworfen. Der Umweltminister hat bei der Antwort auf meine Anfrage dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass der bayerische Ministerrat in seiner Sitzung am 14.01. beschlossen hat, im Hinblick auf diese drei im Koalitionsvertrag genannten Flutpolderstandorte vertiefende Untersuchungen durchführen zu lassen und erst nach Vorliegen der Ergebnisse neu über die Standorte zu entscheiden. Das gibt Hoffnung, dass sich diese Dinge wieder versachlichen und dass nicht aus der hohlen Hand und ohne Würdigung dieser Sachverständigenerkenntnisse entschieden wird.

Jetzt – und insofern ist die heutige Debatte schon noch einmal wichtig – gibt es aber eine Nachricht auf BR-Online vom 01.02.2019 – also gerade dieser Tage –, wonach der bayerische Wirtschaftsminister bei seinem klaren Nein zu den geplanten Flutpoldern an der Donau bleibt. Und wo hat er das gesagt? – Bei seinem Besuch im Re-

gensburger Presseclub. Ich bitte, im Bereich der Staatsregierung für Klarheit zu sorgen, wer da was zu sagen hat.

Mir sind an dieser Stelle das Votum und die Haltung des zuständigen Umweltministers sehr viel lieber, und auch die Anrainer in Niederbayern vertrauen darauf, dass hier jetzt, wie zugesagt, vertiefende Untersuchungen Grundlage und Entscheidungsvooraussetzungen sind, bevor die Staatsregierung über das weitere Vorgehen entscheidet.

Insofern darf ich an dieser Stelle auch noch einmal die Befindlichkeiten in Niederbayern deutlich machen: Die Hochwässer, die

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Alexander Muthmann (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) – jawohl! – entstehen, haben eine Hochwasserausleitungsstelle in Bayern, und diese ist in Niederbayern, in Passau. Dort kumulieren und summieren sich die Dinge, und das können wir in Niederbayern nicht alleine leisten. Da ist die Solidarität insgesamt und auch die der "Oberlieger" erforderlich, und die Staatsregierung hat die Aufgabe, diese Solidarität mit einzufordern und zu organisieren.

In diesem Sinne: Vertiefende Untersuchungen ja, und dann –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter!

Alexander Muthmann (FDP): (Beitrag nicht autorisiert) – bitte sachlich fundierte Entscheidungen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter. – Als Vertreter der Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Thorsten Glauber.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Heute wurde das Jahr 2013 angesprochen und die Katastrophe, die damals über die Menschen hereingebrochen ist. Wir müssen aber das Thema Hochwasserschutz für ganz Bayern denken. Das ist die Verantwortung dieses Hohen Hauses, des Parlaments. Wir alle kennen die Bilder aus Niederbayern. In sehr vielen Landkreisen gibt es Starkregen- und Hochwasserereignisse. Auch wenn diese Landkreise nicht so sehr im Fokus wie Niederbayern im Jahr 2013 stehen, hat dieses Hohe Haus die Fürsorgepflicht für diese Landkreise.

Kolleginnen und Kollegen, ich sage deshalb ein klares Ja zu einem dreiteiligen Maßnahmenplan. Wir haben in der heutigen Aktuellen Stunde über das Artensterben und den Insektenschutz gesprochen. Wir wollen die Biodiversität in Bayern stärken. Deshalb müssen wir auf die Gemeinden zugehen. In den 2000er-Jahren haben unsere Gemeinden und die Kommunalparlamente Gewässerentwicklungspläne erarbeitet. Die Gemeinden sind für die Gewässer dritter Ordnung verantwortlich. Wir wollen eine Renaturierung. Wir wollen die Vitalisierung der Gewässer dritter Ordnung. Das ist wichtig für die Grundwasserneubildung. Das ist gut für den Hochwasserschutz. Dafür werde ich mich stark machen. Wir haben für Bayern einen Maßnahmenplan für den Hochwasserschutz erarbeitet, der 8.400 Kilometer umfasst. 2.400 Kilometer entfallen davon allein auf die Gewässer dritter Ordnung. Lassen Sie uns hier gemeinsam ansetzen.

Ein weiterer entscheidender Punkt betrifft die Gewässer erster und zweiter Ordnung, für die die Verantwortlichkeit beim Freistaat Bayern liegt. Hier brauchen wir einen Schutz vor einem 100-jährlichen Hochwasser, dem sogenannten HQ100. In vielen Bereichen Niederbayerns haben wir einen HQ30-Schutz, also den Schutz vor einem 30-jährlichen Hochwasser. Entscheidend ist doch, dass wir in diesen Bereichen den Grundschatz so schnell wie möglich nach oben ziehen. Natürlich können wir eine Debatte über Polder führen. Den Bürgerinnen und Bürgern hilft es jedoch gar nichts, einen sehr niedrigen Grundschatz zu haben und 15 Jahre auf einen Polder warten zu müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir müssen zusehen, dass wir für die Menschen so schnell wie möglich einen guten Grundschutz realisieren. Wir werden deshalb 30 Millionen Euro und neues Personal dafür einsetzen, den Grundschutz in Niederbayern so schnell wie möglich auf HQ100 zu bringen. Das werden wir in einem zwei- bis dreijährigen Rhythmus tun. Kolleginnen und Kollegen, schauen wir einmal nach Riedensheim. Dort wird im Mai oder Juni ein Polder eingeweiht, der eine Vorlaufzeit von 11 bis 12 Jahren hinter sich hat. Mit einer solchen langen Laufzeit ist niemandem in Niederbayern geholfen. Wir müssen hier parallel denken. Meine Verantwortung als Minister ist es daher, den Grundschutz vor HQ100 so schnell wie möglich zu realisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Flisek, ja, wir haben die Daten veröffentlicht. Das Kabinett hat am 14. Januar entschieden, dass wir an der Polder-Strategie festhalten. Polder haben eine 10-prozentige Wirkungsweise. Das ist nicht von der Hand zu weisen.

Wir müssen diese Maßnahmen in den Blick nehmen. Allerdings: Was nützt uns eine Schutzmaßnahme, ein Sicherheitsgurt, der nicht vorhanden ist? Sie alle wissen, dass für die Schaffung eines Polders ein Bauleitplanungsprozess erforderlich ist. Das kann auch ein Minister nicht negieren. Wir müssen deshalb die Bürger und den Schutz des Grundwassers ernst nehmen.

Wir werden mit unserem dreiteiligen Maßnahmenplan alles tun, was möglich ist. Wir werden auch das Staustufenmanagement betreiben; denn durch Staustufen ist eine Senkung der Scheitelhöhe eines Hochwassers um 1,8 % bis 2 % möglich. Wir werden alles tun, um den Hochwasserschutz für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Mit den genannten Maßnahmen werden wir zum Ziel kommen. Das ist ein Prozess. Ich sage aber auch: Sie alle sind in den Kommunalparlamenten vertreten. Auch die Kommunalparlamente haben bei diesem Thema viel Verantwortung. Die Entscheidungen vor Ort sind nicht immer einfach. Ich bitte Sie, auch in den Kommunalparlamenten für diese Maßnahmen zu werben, nicht nur im Hohen Haus. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Mir liegen jetzt mehrere Wünsche nach einer Intervention vor. Dazu erteile ich zunächst dem Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD das Wort.

Gerd Mannes (AfD): Herr Minister, Sie haben hier die Maßnahmen des dezentralen Hochwasserschutzes dargelegt. Diese Maßnahmen finde ich gut. Noch einmal zu meiner Frage, die ich schon Ihrem Kollegen gestellt, aber auf die ich keine Antwort bekommen habe: In Schwaben gibt es drei gesteuerte und vier ungesteuerte Flutpolder. Die Flutpolder in Oberbayern und der Oberpfalz wurden zunächst einmal auf Eis gelegt. Ihr Kollege hat gesagt, in Schwaben gebe es gegen diese Vorhaben keine Widerstände. Das stimmt natürlich nicht. Ich selbst bin davon betroffen. Ich habe deshalb auch Unterschriften gesammelt. Meine Frage: Gibt es technische Gründe dafür, dass Sie diese Projekte in Oberbayern und in der Oberpfalz auf Eis gelegt haben und in Schwaben nicht? Was sind genau die Gründe dafür?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Kollege Mannes, Sie haben nach dem Vorgehen gefragt. An den drei Standorten werden die Grundwasserbedingungen überprüft. Entscheidend wird dabei sein, wie sich das Grundwasser auf die Bürgerinnen und Bürger auswirkt. In Regensburg hat die Donau in den Bereichen Eltheim und Wörthhof schon einmal durchgedrückt, was zu einer Grundwasserveränderung geführt hat. Bei jeder Maßnahme, bei der Wasser angestaut wird, müssen die Auswirkungen auf das Grundwasser geprüft werden. Bei die-

sen Maßnahmen geht es nicht nur um den Schutz insgesamt, sondern auch um den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner. Wir werden hier für die Öffentlichkeit transparent vorgehen. Sie können alle Daten nachlesen. Das wird auch in Zukunft möglich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die nächste Intervention erteile ich Herrn Abgeordneten Flisek von der SPD das Wort.

Christian Flisek (SPD): Herr Staatsminister, ich teile Ihre Einschätzung, dass es eine unserer Prioritäten sein muss, den betroffenen Regionen den Grundschutz HQ100 zu ermöglichen. Ich teile auch Ihre Einschätzung, dass Flutpolder eine wichtige Rolle spielen. Ich erkenne auch an, dass Sie dazu sehr deutliche Worte gefunden haben.

Ihnen ist aber sicher nicht entgangen, dass wir überall dort, wo wir große oder kleine Hochwasserschutzmaßnahmen planen, von der Bevölkerung zum Teil erheblichen Widerstand ernten. Deshalb möchte ich Sie bitten, sich bei Ihren Überlegungen bewusst zu sein, dass ein erheblicher Flurschaden angerichtet wird, wenn solche Programme und Projekte, die zu einem Gesamtkonzept gehören, infrage gestellt werden. In nahezu allen Kommunen kämpfen die Bürgermeister und die Planungsverantwortlichen mit erheblichen Widerständen. Unsere Aufgabe ist es hier, die Beteiligten bei diesem wichtigen Thema zu einem Konsens zu führen.

Wir alle, die wir hier in der Verantwortung stehen, wollen uns im Falle des nächsten Hochwassers – hoffentlich kommt es noch lange nicht – nicht vorwerfen lassen, wir hätten hier Zeit verloren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Kollege Fli-
sek, genau diese Überlegungen, die Sie genannt haben, muss ich als zuständiger Mi-
nister anstellen. Deshalb habe ich gesagt, dass nichts vom Tisch gewischt wird. Wir
müssen vor Ort vermitteln, was die Veränderungen für die Menschen bedeuten. Wir
müssen ein Gesamtkonzept vorlegen, das den Schutz der Bürger in den Blick nimmt.
Deshalb bekenne ich mich dazu: Ich werde mich mit aller Ernsthaftigkeit für den bes-
ten Hochwasserschutz für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern einsetzen. Das ist
meine Verantwortung als Minister.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte am Pult.
– Mir liegt noch der Wunsch nach einer weiteren Intervention vor. Für die CSU-Frak-
tion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Winter das Wort.

Georg Winter (CSU): Herr Staatsminister Glauber, zu dem Koalitionsvertrag kann ich
nur sagen: Ich habe in meiner langjährigen Tätigkeit im Parlament, in den Kommunen
und in der Verwaltung noch nie erlebt, dass Verwaltungshandeln so extrem auseinan-
dergeht und so wenig begründet ist. In der Verwaltung gibt es die Grundsätze der Ver-
hältnismäßigkeit und der inneren Gesetzmäßigkeit. Daran sind wir gebunden. Im Koa-
litionsvertrag steht, dass drei Standorte gestrichen und die anderen sechs konsequent
umgesetzt werden. Damit ist das ganze Konzept noch extremer, noch schwieriger ge-
worden. Aufgrund der naturräumlichen Lage ist der Hochwasserschutz natürlich nicht
gleichmäßig verteilt. Diese Bedingungen muss man hinnehmen, etwa beim Donautal
und beim Riedstrom.

Der Kollege hat aber vorhin von Schwaben gesprochen. Das ist mit 1,8 Millionen Ein-
wohnern ein großes Gebiet. Ich breche das mal auf den Landkreis Dillingen herunter:
Da sind die zwei ungesteuerten Rückhalteräume und zwei gesteuerte Flutpolder. Das
sind vier von sieben. In Schwaben sind allein vier von sieben Rückhalteräumen oder
Poldern in einem Landkreis konzentriert, darunter auch der größte in Bayern. In die-

sem Bereich findet intensive Landwirtschaft statt. Darüber muss man doch nachdenken. Ich hätte mich darüber gefreut und mir das gewünscht.

Die FREIEN WÄHLER sind vor der Wahl damit angetreten, die Dinge hier zu korrigieren und in die Hand zu nehmen. Sie haben den Leuten auch Lösungen versprochen und gesagt, sie wollten das insgesamt überprüfen.

(Florian von Brunn (SPD): Sagen Sie das mal Ihrem Ministerpräsidenten!)

– Herr von Brunn, Sie sollten mich nicht unterbrechen, wenn ich einmal für Sie rede und Sie unterstütze.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie haben gesagt, Sie wollten ein verträgliches Konzept. Ein früherer Landrat wie Herr Weigert weiß auch, dass man immer Akzeptanz bei den Bürgern braucht. Ich habe deswegen vorgeschlagen, dass Sie das hier einbringen. Wir sagen Ihnen und auch Ihrem Vorgänger dann: Hochwasserschutz, ja. Wir machen ein Gesamtkonzept mit zwei Stufen, einem ersten Teil, bei dem wir einen stärkeren Rückhalt der Bürger haben –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, Sie müssen bitte zum Ende kommen.

Georg Winter (CSU): – und den wir sofort umsetzen, damit wir schneller zum Ziel kommen. In einem zweiten Teil müssen wir bei den Dingen, die schwieriger sind, wie etwa bei Flutpoldern, eine ehrliche, offene und abgewogene Gesamtbetrachtung vornehmen. Ich möchte das hier als klare Bitte und Forderung einbringen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich meinte das ernsthaft: Sie müssen zum Ende kommen.

Georg Winter (CSU): Danke schön, Herr Präsident. Das haben wir hiermit erreicht.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Herr Kollege Winter hat ein Stück weit beschrieben, wie ernst wir den Hochwasserschutz nehmen und wie wir ihn angehen. Ich kann dazu nicht mehr sagen. Ich glaube, ich habe das Konzept ausführlich und umfänglich dargestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Dann ist die Aussprache hiermit geschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt bei beiden Anträgen Zustimmung.

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/16 zustimmen will, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Gegenstimmen! – Enthaltungen! – Das ist die Fraktion der AfD. Dann ist dem Antrag hiermit zugestimmt.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/21 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP. Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen! – Die AfD-Fraktion. Damit ist auch diesem Antrag zugestimmt worden. Ich danke Ihnen recht herzlich.

Damit sind für heute alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Angesichts des sehr frühen, aber auch schönen Winterabends wünsche ich Ihnen allen, dass Sie Gelegenheit finden, sich von Ihren Smartphones zu lösen. Ich wünsche Ihnen einen schönen, erholsamen Abend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 16:42 Uhr)